

Schutz mit Aufrüstung & Repression?

Nach den Anschlägen von Brüssel wird auch in Österreich weiter aufgerüstet. Demokratische Rechte werden unter dem Vorwand der „Terrorbekämpfung“ aufgeweicht. Für Soziales fehlt das Geld, aber für Aufrüstung nicht. Dabei sind die wirklich großen Unsicherheiten Armut und Arbeitslosigkeit. Ein großes Ablenkungsmanöver?

Seite 2

Israel/Palästina: Get organised!

Seit 2008 steigt die gewerkschaftliche Organisation in Israel/Palästina stark. Das Ziel dieser Neuorganisation sind Kollektivverträge. Jüdische und palästinensische Beschäftigte kämpfen gegen den Widerstand von Unternehmen und Regierung in verschiedenen Bereichen für gewerkschaftliche Organisation – Gemeinsam!

Seite 12

Schwerpunkt

Die Superreichen hierzulande besitzen 700 Milliarden Euro und werden pro Tag um 150 Millionen reicher. Die Frage ist nicht „Wo ist das Geld?“, sondern „Wie holen wir es uns?“

Seiten 7-10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 248 | 05.16

Widerstand von unten gegen Regierung & FPÖ

Das System der Regierungsparteien ist am Ende. Und wir weinen ihm keine Träne nach. So, wie es ist, kann es nicht bleiben. Die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP sind hauptverantwortlich für jahrzehntelangen Sozialabbau, Freunderlwirtschaft und Politik im Interesse der Reichen. Die erste Runde der Präsidentschaftswahlen war eine Abfuhr für die Regierungsparteien – der schockierende Erfolg der FPÖ ist in erster Linie Ausdruck des unerträglichen Fehlens einer echten politischen Alternative.

Es gibt gewaltige Wut auf die etablierte Politik

ne durch Zinsen, als wir jemals durch unsere Arbeit. Um die Privilegien der Reichen zu verteidigen, hetzt die Regierung gegen Flüchtlinge und verstärkt die Repression gegen Arme. Doch sie sind am wenigsten schuld an Rekordarbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Lohndruck. Wenn es nach Regierung und Reichen geht, sollen wir nach unten treten – anstatt gemeinsam gegen die da oben aufzustehen. Und es ist genau diese Politik, die der FPÖ in die Hände spielt.

Die etablierten Parteien, egal welcher Farbe, auch die FPÖ, sind nichts als



Der einzige Weg, die FPÖ zu stoppen, ist der Aufbau einer neuen linken Partei von & für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche!

und auf „die da oben“. Sie können ihre Millionen in Steueroasen parken, während wir von Monat zu Monat leben müssen. Sie machen mehr Geld allei-

Handlanger des reichsten 1% der Bevölkerung, das 700 Milliarden Euro besitzt. Wenn sie sagen, es sei kein Geld da für das Sozialsystem, für Bildung,

Wohnungen oder Löhne, dann lügen sie im Interesse der Reichen.

Die Reichen haben viele Parteien – Wir brauchen endlich eine eigene! Die SLP beteiligt sich am „Aufbruch“-Projekt. „Aufbruch“ hat sich zum Ziel gesetzt, all jene, die genug von Rechtsruck und Kürzungspolitik haben, zu organisieren und für eine Politik von unten zu kämpfen. Jetzt geht es

darum, das Projekt mit den Kämpfen, die es bereits gibt, zu verbinden: etwa im Gesundheitswesen oder dem Widerstand gegen Schwarzblau in OÖ. Dies kann ein wichtiger Schritt in Richtung einer neuen ArbeiterInnenpartei sein – und eine solche brauchen wir, um effektiv Widerstand gegen die FPÖ und die gesamte Politik der Reichen organisieren zu können!

Sebastian Kugler

Die SLP fordert:

- Eine aktive und kämpferische Kampagne: Holen wir uns das Geld der Reichen!
- 1.700€ Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung auf 30h/Woche!
- Eine neue Partei von und für ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und Jugendliche!

Der Standpunkt



von Sonja Grusch Die 1. Runde der Präsidentschaftswahl hat einen rechtsextremen Burschenschafter, der ankündigt, man werde sich noch wundern, auf Platz 1 gebracht – zum Gruseln.

Doch das Ergebnis hat auch Gutes: es kann für die vielen Linken, die schon lange „etwas Neues“ wollen, aber immer noch irgendwie auf SPÖ (und Grüne) hofften, „um die FPÖ zu stoppen“, als Befreiungsschlag wirken. Die Verlierer der Wahl sind SPÖVP. Nur Hofer und Griss konnten sich als (vermeintlich) „anders“ präsentieren. Sie haben von der berechtigten Unzufriedenheit über die Regierung profitiert. Der Grund für das schwache Abschneiden von Van der Bellen liegt genau darin, dass er und die Grünen Teil des Establishments sind. Im 2. Wahlgang werde ich mein Kreuz gegen Hofer, also bei Van der Bellen, machen – doch das

Nutzen wir die 1. Runde als Befreiungsschlag

wird nicht reichen. Solange die FPÖ sich als einzige „Opposition“ präsentieren kann, wird sie weiter die Stimmen der Wütenden, Frustrierten und Enttäuschten einsammeln.

Die extreme Rechte ist in Österreich so stark, weil es keine linke Alternative gibt. Weil sich Linke an SPÖ und Grüne gebunden haben, haben sie die Neuformierung einer echten Linken verzögert. Und so haben sie auch dazu beigetragen, dass das rassistische Gift der FPÖ (und der Regierungsparteien) sich verbreiten konnte. Mein Aufruf an die Linken, die bisher noch bei SPÖ und Grünen geblieben sind: ihr könnt die SPÖ (bzw. die Grünen) nicht wieder „zurück“ gewinnen. Schluss mit dem „kleineren Übel“. Nutzen wir das Wahlergebnis als Befreiungsschlag. Und an all jene, die frustriert zuhause sitzen: Werdet aktiv! Es ist aller-aller-höchste Zeit, eine linke Alternative aufzubauen. Eine linke Alternative zur korrupten, abgehobenen Kürzungs-SPÖ. Eine linke Alternative zur angepassten Opposition. Eine linke Alternative zu den rechten Hetzern. Lasst uns jetzt damit beginnen und nicht irgendwann!

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 08.20202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 256000000000 8812733 | BIC: OPSKATWW



Wen schützt Repression?

22. März: Bomben explodieren am Brüsseler Flughafen und in der Innenstadt. Es gibt 35 Tote und über 300 Verletzte. Herr-

tem, muslimischem Terrorismus“. Durch Grenzzäune (jetzt auch am Brenner), eine Verschärfung der Asylgesetze (erleichterte

eine stärkere Zusammenarbeit der beiden Exekutivorgane (Bundesheerhubschrauber bei Polizeieinsätzen), die Vorratsdatenspeicherung wird ausgebaut, Schutzanzüge für die Polizei angeschafft, Körperkameras gehören zum guten Ton und Drohneinsätze (z.B. an Grenzübergängen) sind schon längst Standard. Zu mehr „Schutz“ oder der Verhinderung von Anschlägen hat die Ausrüstung bisher nicht geführt. Hier werden keine „BürgerInnenrechte“ geschützt, sondern abgebaut. In Frankreich und Belgien wurden unter dem Schlagwort „Sicherheit“ Demonstrationen und Streiks gegen soziale Unsicherheit verboten. In Österreich gibt es ähnliche Hintergedanken.

Moritz C. Erkl

Zur Vertuschung der wahren Schuldigen wird nun auch in Österreich zur Waffe gegriffen!

schende heucheln Bedauern und stimmen ohne mit der Wimper zu zucken Waffenexporten zu. Es wird nach „Sicherheit“ gerufen.

23. März: In Österreich patrouillieren PolizistInnen mit Maschinengewehren, die Repression gegen MigrantInnen nimmt zu. Regierung, Rechtsextreme und Medien schüren die Angst vor „importier-

Abschiebung während des Asylverfahrens), eine stärkere Präsenz von Polizei/Militär und Sicherheitskräften im öffentlichen Raum und zunehmende Überwachung soll ein Gefühl von – was auch immer – erzeugt werden.

Ganze 1,3 Milliarden Euro sollen nun in die Aufrüstung des Bundesheeres, 280 Millionen in die Polizei fließen. Konkret bedeutet das

Echte Sicherheit ist soziale Sicherheit

Die Unsicherheit entsteht durch unleistbare Mieten und Arbeitslosigkeit. 78% haben Zukunftssorgen, nur 1% glauben, dass es ihnen in Zukunft besser geht als bisher. Daran ändert Aufrüstung nichts! Dabei gibt es genug Geld: Zum Beispiel in Panama. Oder auf den (legalen) Konten der superreichen Elite in Österreich. Anstatt das vorhandene Vermögen bei den Reichen zu holen und in Arbeit, Bildung oder Freizeit-

angebote zu investieren, schützen die etablierten Parteien die Reichen, indem sie wüst bei Sozialem und Gesundheit kürzen. So kürzt die FPÖ z.B. in Wels und Wiener Neustadt bei Jugendeinrichtungen. Dabei würde die Finanzierung von Jugendzentren oder ein besserer Lohn eine echte Sicherheit fernab von Schusswaffen herstellen. Eine Sicherheit, die auch die Radikalisierung nach rechts verhindern kann.

Aufrüstung des Bundesheeres als Investition in die Sicherheit der Reichen



Bundesheer und Polizei schützen v.a. Reichtum und Privilegien der Herrschenden. Zwar stehen in Österreich noch keine Massenaufstände gegen den Kürzungsterror an, aber die Regierung bereitet sich darauf vor. Darum übt das Bundesheer Aufstandsbekämpfung schon mal in Kosovo/a. An der dortigen „Friedensmission“ beteiligen sich seit 1999 bis zu 500 SoldatInnen. Auf dem Balkan habe Österreich eine „besonde-

re Verantwortung“ – und zwar für die Investitionen der österreichischen Firmen und Banken. Diese werden gegen den Unmut der Menschen vor Ort geschützt. Grund für die Aufrüstung ist angeblich die Flüchtlingskrise, die „Terrorgefahr“ und Krisenherde wie die Ukraine. Doch auch hier kennt die staatstragende Heuchelei keine Grenzen – denn auch österreichische Firmen verdienen am Krieg und seinen Ursachen.



SPÖ: Die Letzten drehen das Licht ab!

Bis Anfang der 1990er Jahre waren SPÖ Parteitage auch immer ein Barometer für die Stimmung unter Beschäftigten, Jugendlichen,

frage“ zwischen dem rechten „Bund“ und dem „roten“ Wien tatsächlich? Am Wiener Parteitag im April fielen die „Opposition“ und

wird nur an den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern appelliert.

Und da sind wir auch schon beim Hauptprob-

wird. In Wirklichkeit werden Ressourcen bei denen, die nicht viel haben, abgezogen, um es denen die gar nichts haben, zu geben. Und hier zeigt sich das Problem, wenn das Ganze möglichst kostenneutral sein soll. Damit werden aber keine Probleme gelöst, sondern nur „Armut“ umverteilt bzw. hin und hergeschoben. Der wirkliche Reichtum bleibt unangetastet. Sozial ist an dieser Politik nichts. Gut gemeint ist eben nicht immer gut, konkret fehlt die Konsequenz. Der rechte Parteiflügel will noch intensiver FPÖ-Positionen kopieren. Ein echter Kampf um Positionen ist aber nicht zu erwarten, eher ein fortschreitender Abbröckelungsprozess hin zu einer Mini-SPÖ.

Albert Kropf

*Gibt es einen Richtungsstreit in der SPÖ?
Nur ein bisschen, denn so verschieden
ist die Praxis dann doch nicht.*

PensionistInnen, den „normalen“ Menschen halt. Inszenierungen waren sie damals auch schon. Heute allerdings sind sie nur noch Show, den lebendigen Kontakt zu den Menschen hat die SPÖ längst verloren.

Nach dem Debakel der Bundespräsidentenwahl werden die „Debatten“ in der SPÖ wieder losgehen. Doch wie groß ist der Widerspruch in der „Asyl-

deren „Protest“ eher zahllos aus. Der Leitantrag gibt sich humanistisch im Allgemeinen. Doch im Konkreten ist man auf Bundeslinie: für Abschiebungen und „Richtwerte“ (= Obergrenzen). Es mag sein, dass einzelne VertreterInnen der SP-Führung tatsächlich eine menschlichere Politik wollen, doch um die zentrale Frage der Finanzierung drücken sie sich herum. Da

lem der SPÖ: Sie hat sich so sehr von den Menschen entfremdet, dass sie nicht sieht, dass Armut, Existenzkampf und Arbeitslosigkeit auch für viele länger hier Lebende zum Alltag geworden sind. Viele stehen mit dem Rücken schon zur Wand! Und sie sind zu Recht sauer, wenn ihnen noch etwas genommen wird, und wenn sich wer aufregt, mit Humanismus argumentiert

SPÖ-Wien: Kürzungspolitik wie die Anderen

In Berlin sind drei Kindergartenjahre kostenlos. In London ist der Eintritt in die meisten Galerien und Museen kostenlos. In Graz sind die Mieten günstiger als in Wien. Im estnischen Tallinn ist der öffentliche Verkehr kostenlos. In Linz gibt es wesentlich mehr WLAN Hotspots für kostenloses Internet. Und: entgegen der Propaganda gibt es auch in Wien Kürzungen, Sozialabbau und brutalen Neoliberalismus.

Die Wiener Lösung für zusätzliche SchülerInnen in Folge der Zuwanderung durch Flüchtlinge ist der „Sozialindex“. Schulen mit höheren integrativen oder sozialen Herausforderungen sollen mehr Ressourcen erhalten. Es gibt nicht mehr Geld, sondern es werden Ressourcen dort abgezogen, wo (noch) wenig Probleme sind und in Problemschulen verlagert. Mittelfristig bedeutet das dann mehr Probleme für alle.

Wien braucht jährlich tausende neue Wohnungen. Doch der Neubau wird im Wesentlichen dem privaten Markt überlassen. Jahrelang baute die Gemeinde gar nicht, nun gibt es ein paar hundert neue Gemeindebauwohnungen. Durchschnittlich sieben GemeindebaumietterInnen pro Tag werden delogierte. Viele Jugendliche müssen bei den Eltern bleiben oder landen auf der Straße: 2015 gab es 3.497 unter 30-jährige Obdachlose.

Nach Outsourcing und Cross-Boarder-Leasing setzt die Gemeinde Wien nun auch noch auf eine „Verwaltungsreform“. „Effizienz und Wirtschaftlichkeit“ sollen, auch mit Hilfe von Personalberatungsfirmen, überprüft und erhöht werden. Die Beschäftigten sollen zusätzliche Aufgaben erhalten. Das bedeutet Überarbeitung, schlechteres Service, Leistungskürzungen und in Folge auch Stellenabbau.

Der rechte Rand

Was der FPÖ die Burschenschaften sind, ist für die ÖVP der Cartellverband (CV). Der Dachverband von 48 katholischen Studentenverbindungen ist ein elitäres Netzwerk, um reaktionäre Werte zu verbreiten. Der CV verhilft seinen Mitgliedern zu einflussreichen Positionen in Politik und Wirtschaft. Von Spindelegger über Pühringer bis Mitterlehner kommen Politiker aus dem CV. In der Wirtschaft sind u.a. Ludwig Scharinger (ehem. Raiffeisen Boss) und Leo Windtner (Generaldirektor Energie AG) vertreten. Der ehemalige CV-Vorsitzende Florian Tursky verlässt sich „in beruflichen Belangen gerne auf Cartellbrüder“. Der CV war eine der Stützen des Austrofaschismus, verherrlicht bis heute den ArbeiterInnenmörder und Faschisten Dollfuß und hegt auch Sympathien für Mussolini und Horthy. In der Ideologie des CV sind Religion und Nationalismus besonders wichtig. Von seinen Mitgliedern verlangt er die Verbreitung kirchlicher Werte und die „Liebe zum Vaterland“. Dieses Weltbild richtet sich gegen MigrantInnen, LGBTQ-Personen und Nicht-ChristInnen. Besonders reaktionär ist das Frauenbild des CV. So soll Frauen das Selbstbestimmungsrecht auf ihren Körper aberkannt und Abtreibungen per Verfassung verboten werden. Als reine Männerorganisation sind Frauen vom karrierefördernden Netzwerk ausgeschlossen – aber sie sollen ja ohnehin in erster Linie Mutter und Hausfrau sein. Als Club reaktionärer Eliten ist der CV konsequenterweise auch ArbeiterInnenfeindlich und für ein Verbot von Generalstreiks.

Lukas Kastner

Der 1. April 2016 war für den Bürgermeister von Chicago (bekannt als Bürgermeister des reichsten 1%) alles andere als lustig. Über 15.000 LehrerInnen und UnterstützerInnen brachten die Stadt durch einen Streik zum Stillstand. Der Streik fordert nicht einfach nur ein höheres Gehalt, sondern wendet sich gegen das Kaputtsparen des öffentlichen Schulsystems. Gefordert wurde u.a. die Finanzierung des Schulsystems durch die Vermögen von Superreichen. Möglich wurde das, weil die LehrerInnengewerkschaft von Chicago (CUT) seit 2010 eine linke Führung hat und bereits 2012 einen wichtigen Arbeitskampf führte.

**Frisch gekämpft
ist halb gewonnen!**

Mitglieder werden mobilisiert, eingebunden und Entscheidungen demokratisch getroffen – da ist es auch nicht überraschend, dass der aktuelle Streik mit 96% beschlossen wurde. Erfolgreich macht die CUT auch die Einbeziehung verschiedener UnterstützerInnen (Nachbarschaftsgruppen, SchülerInnen, Eltern usw.). Denn der Kampf für bessere Schulen betrifft alle. Während des aktuellen Streiks gab es in der ganzen Stadt Solidaritätsaktionen und sogar einen Solidaritätsstreik von Fast Food Beschäftigten. Unterstützung bekommen die LehrerInnen auch von der afroamerikanischen Community, da sich die CUT immer wieder gegen rassistische Diskriminierung ausgesprochen hat. So geht Streiken im Öffentlichen Dienst: systemüberwindende Forderungen aufstellen und breite Unterstützung mobilisieren. Da können sich GÖD & Co. ein paar Scheiben abschneiden.



Eure 30 Stunden für unsere 30%!

Die Arbeitsbedingungen im Krankenhaus: Die Bezahlung ist mies, immer mehr Bereiche werden ausgelagert.

statt Fremdvergabe“ und „sofortige Nachbesetzung freier Dienstposten“ wichtige Verbesserungen.

da, wir müssen aber einen Kampf darum führen, damit es auch für z.B. Gesundheit eingesetzt wird.

an der Berliner Charité (größtes Krankenhaus Europas) gezeigt. Die KollegInnen haben den Arbeitskampf selbst an ihren Stationen organisiert. Es gab Solidaritätskomitees von PatientInnen und solidarischen Menschen und eine Einbeziehung aller Berufsgruppen im Spital. Delegierte von jeder Station haben den Arbeitskampf demokratisch organisiert. Nicht ein Streik schadet den PatientInnen, sondern der normale Mangelzustand. Kampfmaßnahmen sind nötig, um genau den zu ändern. Lernen wir von der Charité – beteiligen und organisieren wir uns und erkämpfen uns gemeinsam, was uns zusteht.

Christoph Glaninger

Die Gewerkschaft droht dem Krankenanstaltenverbund (KAV) von Wien einen heißen Frühling an.

gert. Schon 2012 klagten 70% der KAV-Beschäftigten über Personalmangel. 2015 mussten zusätzliche Aufgaben übernommen werden – ohne mehr Personal.

Die Gewerkschaft: Seit September wird über Verbesserungen verhandelt. Obwohl beschränkt, wären die Gehaltsforderungen oder „Eigenleistung

Die rot-grüne Stadtregierung: Sie gibt Millionen für Song Contest und sinnlose Eigenwerbung aus, weigert sich aber, die Forderungen umzusetzen. Sie behaupten, dass „nicht genug Geld“ da ist. Aber das reichste 1% wird in 29 Stunden um 180 Millionen Euro reicher – genug um sämtliche Forderungen zu erfüllen. Es ist genug Geld

Den Kampf organisieren: Die Entschlossenheit der Gewerkschaft ist beschränkt. Obwohl es Dienststellenversammlungen gab und andere Aktionen angekündigt wurden, gibt es kaum Mobilisierung, keine Mitsprachemöglichkeiten für KollegInnen und keinen Eskalationsplan. Der Druck von unten rund um die Basisinitiative Care Revolution war es, der die Gewerkschaft in Bewegung brachte. Jetzt braucht es mehr Druck, damit die Gewerkschaft einen wirklich effektiven Arbeitskampf führt. Wie das geht, hat der Streik



Flüchtlingen helfen: Von Hoffnung zum Widerstand

Im letzten Oktober versprach die Wiener Stadtregierung, die notwendigen Mittel für die Flüchtlingsbetreuung zur Verfügung zu stellen. SPÖ und Grüne nutzten die Bewegung, in der Zehntausende auf den Bahnhöfen halfen und auf die Straße gingen. Sie wollten gewählt werden. Heute fehlt es an Geld, an ordentlichen Unterkünften... Oft geht es ums Allernotwendigste wie Essen oder Hygieneartikel. Werden Grund-

bedürfnisse nicht abgedeckt, erzeugt das Angst und Stress bei Flüchtlingen und BetreuerInnen. Auch bei letzteren wird gespart: manche Einrichtungen haben begonnen, Personal und Betreuungsstunden zu reduzieren. Viele BetreuerInnen bekommen zu wenig Gehalt, weil sie nicht in der richtigen Berufsgruppe eingestuft sind. Ehrenamtliche HelferInnen werden ausgenutzt und missbraucht, um die Standards der An-

gestellten zu drücken. Daher steigen die Wut und der Wunsch, sich zusammenzutun. Gemeinsam soll eine bessere Bezahlung, ein höherer Betreuungsschlüssel (mehr BetreuerInnen pro BewohnerIn) und ausreichend Ressourcen erkämpft werden. Die verantwortlichen Gewerkschaften müssen die Wichtigkeit dieses Kampfes verstehen. Ihre Unterstützung muss offensiv eingefordert werden.

Michael Gehmacher

OÖ: Kampagne gegen Blau-Schwarz

Schwarz-Blau ist keine drohende Gefahr mehr, sondern harte Realität in Oberösterreich. Kaum an der Macht, zeigt sich der wahre Charakter und der Bevölkerung wird mittels Kürzungspolitik (z.B. Mindestsicherung) das Leben schwerer gemacht. Dagegen gibt es Widerstand. Bei der ersten Demo gegen die Kürzung der Mindestsicherung waren 700 Leute auf der Straße und es wird weitere Proteste geben! Die SLP ist in dieser Bewegung zentral aktiv. Der SLP-Redner auf der Demo machte klar, dass wir uns nicht länger spalten lassen und uns nicht mehr länger um die Brotkrumen streiten wollen, die vom Tisch der Superreichen fallen. In unseren Flyern streichen wir zentral heraus, dass genug für alle da ist, wir müssen uns es nur gemeinsam erkämpfen.

Mit Kundgebungen und Flyeraktionen mobilisieren wir gemeinsam mit anderen AktivistInnen für die nächsten Demos. Auch am 1. Mai sind wir dabei, um GewerkschafterInnen und BetriebsrätInnen für den Kampf gegen Schwarz-Blau zu mobilisieren. Und am Nachmittag stellen wir uns mit einer kämpferischen Protestaktion dem Chef-Hetzer Strache und dem FPÖ-Landesobmann Haimbuchner in Linz am

Urfahrermarkt entgegen. Während sie versuchen, Alkohol und rechte Hetze unter die Menschen bringen, bauen wir Widerstand gegen die unsoziale Koalition in Oberösterreich weiter auf und laden AktivistInnen ein, bei der Kampagne mit aktiv zu werden. In Oberösterreich ist die Notwendigkeit einer linken Alternative zum Einheitsbrei der etablierten Parteien besonders deutlich. Sie alle setzten letztlich Rassismus und Sozialabbau um. ArbeiterInnen, Arbeitslose, Jugendliche und MigrantInnen haben keine Stimme, die konsequent für ihre Interessen kämpft. Aber wenn wir den Widerstand gegen die Kürzung der Mindestsicherungen, die Demonstrationen gegen die FPÖ und Burschenschaften und die kommenden Proteste im Sozialbereich zusammenführen, dann kann das die Basis für breiten Widerstand von unten und den Aufbau einer neuen linken Alternative sein. Die SLP setzt sich dafür ein, aus diesen Kämpfen eine Kraft aufzubauen, die in der Lage ist, Widerstand gegen die Auswirkungen des kapitalistischen Systems zu organisieren und für eine sozialistische Alternative zu kämpfen.

Alec Jakolic
und **Jan Millonig**



Foto: Anna Lisa Erdemgil - Brandstätter

Blutige Kleiderbügel

Nachdem in Polen die Regierung Abtreibung komplett verbieten wollte, gingen die Frauen in Massen dagegen auf die Straße. Auch in Wien gab es Pro-

zuweisen. Teilnehmerinnen kamen mit Stricknadeln, blutigen Händen und brachten Kleiderbügel mit, die das Symbol der Bewegung in Polen sind.

dass viele Frauen, auch solche die abtreiben, sich eigentlich Kinder wünschen. Aber in einer Welt, in der Kinder oft Luxus sind, wird vielen Frauen

Die Angriffe auf Frauenrechte nehmen zu – in Polen, aber auch hierzulande.

teste. Hier hatte die Kampagne „Nicht mit mir“ zur Kundgebung vor der Botschaft aufgerufen. Viele Organisationen und Initiativen, auch der „Kongress polnischer Frauen in Österreich“, hatten sich angeschlossen.

Über 100 Menschen trafen sich, um auf die Gefahr eines Verbotes und die Missstände, die es schon jetzt in Polen gibt, hin-

Denn auch heute noch haben Frauen in Teilen der Welt keinen Zugang zu sicheren Abtreibungen. Hunderttausende Frauen erleiden Jahr für Jahr bleibende Schäden, zehntausende überleben diese nicht. Diese Frauen sind Opfer eines Systems, in dem sie oft noch immer nicht mehr zählen als ein Brutkasten.

Aktivistinnen von „Nicht mit mir“ betonten auch,

die Entscheidung genommen.

Deswegen fordern wir neben dem Recht auf kostenlose Verhütung und Abtreibung auch eine kostenlose Kinderbetreuung, leistbare Wohnungen und gut bezahlte Jobs. Damit die Entscheidung, ob Kinder oder keine, wirklich alleine getroffen werden kann.

Berenike Spilka



Gmunden zeigt internationale Solidarität

Die Kampagne #OutsourcingMustFall in Südafrika kämpft gegen Arbeitslosigkeit und Outsourcing. Vusi Mahlangu, ein leitender Aktivist, wurde von Unbekannten entführt.

Als Reaktion fand am 1. April in Südafrika ein nationaler Solidaritätstag statt. Die Gmunder Ortsgruppe der SLP unterstützte diesen mit einer Fotoaktion und Straßendiskussionen mit PassantInnen. Die Leute zeigten sich interessiert, wollten mehr Informati-

onen über die Kampagne und waren geschockt über die Situation in Afrika.

Beim nachfolgenden wöchentlichen Ortsgruppentreffen, wo viele InteressentInnen anwesend waren, wurde noch über die Kampagne in Südafrika diskutiert und weitere Fotos gemacht. Erleichterung herrschte ein paar Tage später, als wir erfuhren, dass es Genosse Vusi gut geht und er in Sicherheit ist.

Peter Hauer

Termin des Monats



Aktionskonferenz: Aufbruch!

Linke AktivistInnen, GewerkschafterInnen, AntifaschistInnen und viele andere, die gegen den Rechtsruck und die Politik für Banken und Konzerne aktiv werden wollen, treffen sich auf der Aktionskonferenz des Projekts „Aufbruch“. Es geht darum, konkreten Widerstand von unten aufzubauen und sich das Geld der Reichen für Jobs, Wohnen und Soziales für alle zu holen. Sei dabei!

3.-4. Juni 2016

F23 (Breitenfurter Straße 176, 1230 Wien)

Am 1. Mai ist es wieder soweit: Die SPÖ-Bürokratie tritt zur traditionellen Selbstbeweihräucherung an. In feierlichem Ritus werden wir dasselbe hören wie jedes Jahr: Faymann, Häupl und Höflinger beschwören auf dem Wiener Rathausplatz die beste aller möglichen Welten, regiert vom weisesten aller Kanzler und dem besten aller Bürgermeister. Der Zynismus fällt den SP-Politdinosauriern wahrscheinlich gar nicht auf: sich als Partei der arbeitenden Menschen feiern zu lassen, während man zugleich den Sozialkahlschlag vorantreibt. Und sich als Bollwerk gegen die FPÖ zu präsentieren, während

Rote Seitenblicke

man selbst deren rassistische Politik umsetzt!

Was angesichts dessen, zu was der 1. Mai verkommen ist, leicht in Vergessenheit geraten kann: Der 1. Mai ist in seiner Geschichte das Gegenteil einer staatstragenden Jubelparade für bürgerliche Sozialkürzungspolitik gewesen. Der 1. Mai war der Kampftag der klassenbewussten ArbeiterInnen. Seine Wurzeln liegen im Kampf für den Achtstundentag - den auch die SPÖ hartnäckig auszuhöhlen versucht. Wenn die ArbeiterInnen und Armen in Österreich wieder einen 1. Mai haben sollen, der wirklich ihnen gehört und nicht dem bürgerlichen Staat und der SP-Bürokratie, dann müssen sie gerade diesen früher stets mit Streik verbundenen Tag wieder zurück erobern. Beispielsweise durch Solidarisierung mit realen Arbeitskämpfen wie dem Widerstand von KrankenpflegerInnen in „Care Revolution“. So kann der Kürzungspolitik und den SP-Spitzen in die Suppe gespuckt werden.

Fabian Lehr



Red Bull goes Hochkultur

Seit geraumer Zeit strahlt der Red Bull-eigene Privatsender ServusTV ein eigenes Kulturprogramm aus. Zu diesem Zweck wurden der ehemalige

einkauf. Mit eigenen Extremsport-Events führt das Unternehmen seit Jahren ein bewusst gefährliches Vermarktungskonzept für seine Getränke. Um das ei-

ressant ist vor allem Hartmanns Werdegang. Unter seiner Leitung wurde das Burgtheater 2013/14 von einem Finanzskandal geschüttelt. Seine Stellver-

einkauf, lässt erahnen, wie viel Geld er haben muss. Vor dem Hintergrund der Schließung des Essl-Museums nach der Baumaxpleite zeigt sich die Gefahr solcher Entwicklungen. Denn vor allem die Kultur steht momentan auf der Kürzungsliste. Engagement von Superreichen in diesem Bereich liefern der Politik den Vorwand für weitere Einsparungen. Vor allem stellt sich die Frage, wer bei Servus TV bestimmt, welche Personen und Inhalte im Programm vorkommen? Wer bekommt Förderungen? Solche Entscheidungen haben keinen geringen Einfluss auf die Kulturszene und zeigen, wie gefährlich die Machtkonzentration bei einzelnen KapitalistInnen werden kann.

Stefan Reifberger

Neben dem Geschäft mit Energy Drinks, Medien und Extremsport hat das Unternehmen Kultur als Profitquelle entdeckt.

Staatsoperndirektor Ioan Holender und Matthias Hartmann, der entlassene Direktor des Burgtheaters, eingestellt. Holender moderiert wöchentlich die Sendung „Kultour“, während Hartmann zum eigens für ihn geschaffenen „künstlerischen Leiter“ ernannt wurde.

Es ist nicht neu, dass sich Red Bull in neue Sphären

gene Image als sportliches Unternehmen zu fördern, wird es in Kauf genommen, dass in regelmäßigen Abständen SportlerInnen dabei ums Leben kommen. Auch beim Engagement in Richtung Kulturszene steht also nicht die gefundene Liebe zur Kultur an sich im Vordergrund, sondern die finanziellen Interessen von Red Bull. Inte-

treterin Silvia Stantejsky wurde im Dezember 2013 wegen Ungereimtheiten bei den Finanzen suspendiert. Insgesamt fehlten 2,7 Millionen Euro im Budget. Am 11. März 2014 wurde Hartmann wegen seiner Mitverantwortung ebenfalls entlassen. Dass Matschitz nun neben Fußballvereinen und der Formel 1 sich massiv in die Kultur

EM-Foul mit Anlauf – Rote Karte für UEFA

Die Freude ist unter den heimischen Fußballfans groß: erstmals hat sich die Nationalmannschaft für eine EM sportlich qualifizieren können. Eine Welle des „Patriotismus“ läuft durch das Land, und allerorten hören wir ein gelalltes: „Frankreich, wir kommen!“.

Wirtschaftlich hat der europäische Fußballbund (UEFA) als Ausrichter die Spielregeln längst festgelegt. Insofern ist das Motto der Euro 2016 - „Le Rendez-Vous“ - treffend:

denn die wirtschaftlichen Interessen der UEFA und jene internationaler Konzerne haben sich tatsächlich getroffen. Ein Blick auf die Sponsorenliste genügt - da tummeln sich ebenso finanzstarke wie umstrittene Marken: Coca-Cola, McDonald's, adidas, Carlsberg, Hyundai oder auch die Turkish Airlines...

Überraschend kommt das alles nicht. Immerhin steht auch der ehemalige Superkicker und ehemalige UEFA-Präsident Michel

Platini unter dringendem Korruptionsverdacht (es gilt die Unschuldsvermutung). Genau nimmt man es aber beim Geld-Einnehmen: So kann der Wirt um's Eck mit der UEFA in Konflikt kommen, wenn er im Schanigarten Matchübertragungen zeigt, aber kein Carlsberg ausschenkt. Für uns heißt das: 4,50 € und mehr für ein schlecht eingekauftes Bier in den Public-Viewing-Zonen. Danke. Und das ist „Fair Play“?!
Alexander Svojtko



VORWÄRTSSCHWERPUNKT

Die Reichen sollen zahlen.



JOBS



SOZIALES



WOHNUNGEN

www.slp.at
slp@slp.at



Für alle!

Egal ob Mindestsicherung oder Pensionen – immer mehr Sozialleistungen stehen unter dem Beschuss der Rechten und der Regierung. Mal wird über eine „soziale Hängematte“ hergezogen, mal können „wir“ uns angeblich den Sozialstaat wegen der Flüchtlinge nicht mehr leisten.

Tatsächlich ist die „soziale Hängematte“ ange-

und Kapitalerträge in den letzten Jahren um 56%. Die reichsten 1% der ÖsterreicherInnen besitzen 700 Milliarden Euro, während die untersten 40% praktisch überhaupt kein messbares Vermögen haben. Fast die Hälfte des gesamten Vermögens gehört den reichsten 5%. Während die Reichen auch noch immer reicher werden (2013 etwa

die Reichsten jährlich die Zahlung von Milliarden an Steuergeldern durch sogenannte „Steuroptimierung“ in Staaten wie Panama verhindern. Diese Form der Steuerhinterziehung ist noch dazu dank neoliberaler Gesetze in den meisten Fällen vollkommen legal.

Die Regierung beweist immer deutlicher, wo sie ihre Prioritäten setzt. Die

hauptsächlich vorgenommen, um die Profite der Reichen zu erhöhen oder zumindest nicht zu gefährden. Die Unternehmen in einer kapitalistischen Wirtschaft stehen miteinander in Konkurrenz – jedes Unternehmen muss versuchen, billiger zu produzieren, um nicht aufgekauft oder preislich unterboten zu werden. Wird diese Konkurrenz auf dem Weltmarkt stärker – etwa wie jetzt durch eine wirtschaftliche Stagnation –, versuchen die Staaten „ihren“ Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. So sollen durch die Kürzung der Mindestsicherung die Löhne indirekt gesenkt werden. Wer in der Arbeitslosigkeit nicht überleben kann, der/die kann es sich nicht leisten, sich über ein niedrigeres Einkommen aufzulegen. Wenn die Unternehmen weniger Löhne zahlen müssen, klingeln dann natürlich die Kassen. Gleichzeitig werden die Kosten der Wirtschaftskri-

se auf ArbeiterInnen, Angestellte und Arme übertragen. So werden die Milliardenkosten für die Rettung der Banken nicht von den Reichen bezahlt, sondern durch Einsparungen im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich, bei der Infrastruktur, oder wie jetzt eben bei der Mindestsicherung.

Doch warum sollen wir diese Krise bezahlen, die vom System der Reichen, dem Kapitalismus, ausgelöst wurde? Die Reichen haben genug Geld – sie sollen zahlen. Doch damit reicht es nicht. Wir müssen mit der Logik der kapitalistischen Wirtschaft brechen, um zu verhindern, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Wir brauchen ein neues, ein demokratisches sozialistisches System, in dem für die Bedürfnisse der Menschen gewirtschaftet wird anstatt für die Profite einer kleinen Elite.

Manuel Schwaiger

Die Regierung beweist immer deutlicher, wo sie ihre Prioritäten setzt.

sichts von 1,5 Millionen Armutsgefährdeten in Österreich nicht mehr als ein Hirngespinnst der Rechten. Auch mit den Angriffen gegen Flüchtlinge sollen die wahren Probleme verschleiert werden – denn die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Während die Reallöhne seit Jahrzehnten stagnieren, stiegen die Unternehmens-

um 7,4%), steigen auf der anderen Seite die Arbeitslosenzahlen, inzwischen auf fast 500.000 Menschen. Zudem schützen Staat und Regierung die Reichen: Aufgrund behördlicher Schikane und weil es quasi als Schande präsentiert wird und sich viele darum gar nicht trauen, erhalten nur etwa die Hälfte der Bezugsberechtigten die Mindestsicherung. Und das, obwohl

Bankenrettung kostete bisher mindestens 7,3 Milliarden Euro. Als bei der Zielpunkt-Pleite rund 2.000 Beschäftigte ihre Jobs verloren, wurde eine Rettung dieser Jobs nicht einmal angedacht.

Der Grund für die Rufe nach Kürzungen liegt nicht am fehlenden Geld. Tatsächlich werden Einsparungen, etwa im Sozialbereich,

Die Reichsten 1% in Österreich werden PRO TAG um 150 Mio. Euro reicher...

...das reicht für:

- Versorgung von 7.800 Arbeitslosen für ein Jahr

- 6.600 Jahresgehälter für KrankenpflegerInnen

- 530 Euro im Monat für Jeden hierzulande

- Jahresgehalt für 4.500 neue AHS-LehrerInnen

- Deutschkurse für 53.000 Menschen à 50 Stunden

- 60 Euro mehr pro Tag für alle PensionistInnen



Quelle: u.a. <http://www.attac.at>

Grafik: SH © SLP 2016

Zahlen und Fakten zu Reichtum in Österreich

- **Genauere Zahlen** über Reichtum gibt es in Österreich kaum. Während BezieherInnen der Mindestsicherung durchleuchtet werden, verstecken sich die Reichen hinter Bank- und Firmengeheimnis. Doch was bekannt wird, zeigt die enormen Reichtümer einer kleinen Elite auf.
- **Wenn es um** die Steuer geht, nehmen es viele der Reichsten nicht so genau. Porsche-Piech sind mit immerhin 65 Milliarden Euro die vermögendste Familie Österreichs. Sie sparte sich 2009 beim Kauf von Porsche durch Volkswagen, welches ebenfalls mehrheitlich dem Porsche-Piech-Clan gehört, rund eine Milliarde an Abgaben. Möglich wurde das durch ein knapp an der Illegalität vorbeischarmendes Firmenkonstrukt.
- **Geht's den** Reichen gut, geht's uns allen gut? – Von wegen! 2009 mussten die Angestellten von Magna in Österreich auf 5% ihrer Löhne verzichten. Magna-Chef Frank Stronach hingegen konnte im folgenden Jahr sein Privatvermögen von 1,8 auf 2,6 Milliarden steigern.
- **Wo woar** die Leistung? Viele aus der Liste der reichsten Einzelpersonen haben ihr Vermögen geerbt. Die obersten 5% der Bevölkerung haben im Durchschnitt 800.000€ geerbt. Ein besonders krasses Beispiel findet sich auf Platz 3 der Reichsten: Heidi Horten. Nach dem Tod ihres Gatten erbte Heidi das Milliardenvermögen, das er übrigens seinen guten Beziehungen zum Nazi-Regime verdankte – sein erstes Kaufhaus stammte von enteigneten jüdischen Besitzern.
- **Reich durch** ehrliche Arbeit? Ein schönes Märchen! Immobilienspekulant Rene Benko (Vermögen: 1,1 Milliarden) stellt sich gerne als „self-made-man“ dar. In Wahrheit verdankt er sein Vermögen einem Netzwerk aus Reichen, die einander kennen und unterstützen – oft auch über die Grenzen des Legalen hinaus. So versuchte Benko etwa mithilfe des kroatischen Ex-Premiers Sanader, ein Steuerverfahren gegen seine italienische Tochterfirma abzdrehen – und wurde dafür wegen Korruption verurteilt.

Euer Reichtum ist unsere Armut

Der Steuerflüchtling und Gewerkschaftsfeind Frank Stronach, die Erbin Heidi Horten, der Immobilienspekulant Rene Benko – sie alle sind reich, während andere arm sind. Viele Generationen kapitalistische Wirtschaft und Niederlagen

aus der Leistung anderer beziehen. Und es ist die Masse der Bevölkerung, heute die ArbeiterInnenklasse, die die Profite der Unternehmen erarbeitet. Das kommt jetzt aufgrund verschärfter Gegensätze stärker zum Vorschein. Die riesigen Vermögen

keit zu bekämpfen, brauchen wir eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich und einen Mindestlohn von 1.700 €.

Ob legal oder illegal – Seilschaften, Korruption, Steuervermeidung, Spekulation, Bestechung sind die Instrumente der Reichen. Es sind nicht ein paar schwarze Schafe, sondern das ganze System! Doch nicht GroßaktionärInnen, TopmanagerInnen oder EigentümerInnen übernehmen dafür Verantwortung. Die Konsequenzen werden den abgezockten KundInnen, den gefeuerten Beschäftigten und den SteuerzahlerInnen – also der ArbeiterInnenklasse – umgehängt. Das Vermögen der EigentümerInnen bleibt unangetastet. Denn der Staat ist ein Instrument der Herrschenden. Trotz formaler Demokratie haben KapitalistInnen das Sagen (oder haben Sie Ihren Boss gewählt?). Deshalb ist es zwar die Aufgabe des Staates, die Vermögen der Reichen und Unternehmen zu schützen – aber nicht die Armut abzuschaffen! ImmobilienspekulantInnen machen ganz legal Wohnraum unleistbar und Menschen werden obdachlos. Um die Wohnungsnot zu lösen, müssen SpekulantInnen und Immobilienkonzerne entschädigungslos enteignet werden.

Um Profite und Reichtum zu erhalten, bauen KapitalistInnen besonders in der Krise mit

Die Einen arbeiten, die Anderen werden reich – die Legende vom „verdienten“ Reichtum.

der ArbeiterInnenbewegung haben den Mythos, Vermögen sei „verdient“ oder gar „erarbeitet“, ins Bewusstsein gegraben. Es wird uns vorgemacht, Reichtum auf der einen und Armut auf der anderen Seite seien „natürlich“ und die Ursache dafür – das kapitalistische Wirtschaftssystem – wird wie ein Naturgesetz behandelt. Die ProfiteurInnen und Herrschenden haben ein Interesse, diese Legende aufrecht zu erhalten.

Doch das muss nicht so bleiben. Einerseits: steigende Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Armut und Elend. Andererseits: der Reichtum einer winzigen Elite, der ein pervernes Ausmaß annimmt. Selbst jene, die den Reichtum bisher mit „Verantwortung“ oder „Leistung“ begründet haben, verstummen angesichts der wachsenden Wut über diese himmelschreiende Ungerechtigkeit.

Es ist die herrschende Elite, heute die KapitalistInnen, die Einkommen

sind erarbeitet, aber nicht von denen, die sie horten, sondern von uns. Ein oft gehörtes Scheinargument für pervers hohe Einkommen und Vermögen zu Lasten der Arbeitenden ist die „Verantwortung für Arbeitsplätze“. Das gründet sich aber bloß darauf, dass dem „Arbeitgeber“ der Laden gehört, während ArbeitnehmerInnen zum Überleben nichts zu verkaufen haben, als ihre Arbeitskraft. Auch geben die „Arbeitgeber“ uns keine Arbeit, sondern lassen uns entweder bis zur Erschöpfung schuften oder verweigern uns das Recht auf einen Job. Von „Verantwortung“ kann keine Rede sein. KapitalistInnen pfeif(f)en (siehe Zielpunkt-Pfeiffer & Co) auf ihre „Verantwortung für Arbeitsplätze“, wenn ihre Profite gefährdet sind. Sie horten Milliarden, statt zu investieren. Sie verdienen an Arbeitslosigkeit und Billigjobs. Sie machen Profite mit unserer Arbeit und unserer Arbeitslosigkeit. Um Armut und Arbeitslosig-



Hilfe der etablierten Politik Jobs ab, umgehen Arbeitsrechte, pressen ArbeitnehmerInnen verstärkt aus, kürzen Löhne, bauen Sozialleistungen ab. Rekordarbeitslosigkeit, Hungerlöhne, prekäre Beschäftigung, Armut sind die Folge. Perverser Reichtum und massive Armut sind verbunden und die Schere dazwischen öffnet sich mit der Krise noch weiter. Reiche profitieren von Sozialabbau, weil Milliarden an Banken und Unternehmen statt in Soziales gehen. Die etablierten

Die „Leistungen“ der Reichen und Superreichen sind Erben, Betrug und Diebstahl.

Parteien bekämpfen das nicht, sondern sind mitverantwortlich. Dieses Geld zurückzuholen muss erkämpft werden.

Zur Verteidigung des Reichtums dient auch Rassismus. Mit Sündenböcken wird davon abgelenkt, wer die wirklichen Diebe sind. Flüchtlinge flüchten vor Krieg, von dem Waffenproduzenten wie Glock oder Steyr Mannlicher profitieren und werden dann für Wohnungsnot oder Arbeitslosigkeit verantwortlich genannt. Wir werden gegeneinander ausgespielt, obwohl Flüchtlinge, MigrantInnen und „ÖsterreicherInnen“ gleichermaßen von KapitalistInnen bestohlen werden. Deshalb ist es wichtig, gemeinsam

gleiche Rechte, Wohnungen und Jobs für alle, die hier leben und leben wollen und die Enteignung der Profiteure von Krieg, Terror und Hunger zu erkämpfen.

Wir können es drehen und wenden, wie wir wollen: Das Vermögen der Reichen ist gestohlen, ergaunert, erpresst oder ererbt. Die ungerechte Verteilung des existierenden Reichtums ist der Grund für Armut. Weil sich eine kleine Minderheit die von allen geschaffenen Reichtümer

aneignet, fehlt der Mehrheit die Grundlage für ein sicheres und würdiges Leben! Wir leben, anders als in vorkapitalistischen Gesellschaften, nicht in einer Mangelgesellschaft, in der es insgesamt zu wenig gäbe. Nicht „wir“ in der sogenannten 1. Welt sind „alle“ reich und leben auf Kosten der sogenannten 3. Welt. Auch durch Einschränkung „unseres“ Konsums wird die Armut dort nicht beseitigt werden. Es sind die KapitalistInnen – hier und überall –, die auf Kosten der ArbeiterInnen hier und überall leben. Davon abzulenken und die Schuld auf ArbeiterInnen der „westlichen“ Länder abzuwälzen, heißt, den Reichtum Weniger vertei-

ligen und das System der Ungerechtigkeit zu stabilisieren. Armut bleibt, wenn wir auf noch mehr verzichten und die Reichen in Ruhe im Geld schwimmen lassen. Armut kann nur beseitigt werden, indem der unverschämte, jeglicher vernünftiger Grundlage entbehrende Reichtum der Minderheit endlich für alle Menschen verwendet wird. Dazu braucht es ein Ende dieses ausbeuterischen kapitalistischen Systems. Und dafür brauchen wir eine Strategie. Appelle an „Vernunft“ oder „Menschlichkeit“ der Vermögenden oder deren VertreterInnen in der etablierten Politik sind wirkungslos. Die Reichen sind hervorragend organisiert. Die Panamapapers zeigen nicht zum ersten Mal, wie riesig das Vermögen der Reichen ist und wie steuervermeidend es geparkt ist. Gleichzeitig leiden wir unter Sozialabbau und werden schon bei Erfüllung unserer Grundbedürfnisse schonungslos mit Massensteuern geschröpft. Wenn wir die Organisationen der ArbeiterInnenklasse demokratisieren und in unsere Hände nehmen, uns politisch organisieren, können wir Umverteilung und ein Ende dieses Systems erkämpfen. Organisierte Massenbewegungen mit Streiks, Demonstrationen, Besetzungen in internationaler Solidarität können der kapitalistischen Gaunerei ein Ende bereiten.

Helga Schröder



Marx aktuell

Reichtum fällt nicht vom Himmel. Doch woher kommt er dann? Die Mär von den unternehmerischen Individuen, die alles riskieren, Firmen gründen, nebenbei Arbeitsplätze schaffen, und somit für die Vermehrung des Reichtums in der Gesellschaft sorgen, sitzt tief in den Köpfen. Demnach wird der Wert und der Wohlstand durch Eigeninitiative und Investitionen von Reichen geschaffen. Solch bürgerliche Theorien greifen aber zu kurz, denn sie erklären nicht, wieso das Endprodukt mehr Wert hat als die Summe seiner Bestandteile. Und genau das haben Marx und Engels in der marxistischen Arbeitswerttheorie analysiert. Der (Tausch)Wert einer Ware entsteht durch die Arbeit, die daran verrichtet wird. Ein Sessel bekommt nicht auf eine magische Weise seinen Wert, sondern durch menschliche Arbeit, die den Baum fällt und das

Wie Reichtum entsteht – Aneignung des Mehrwerts

Holz bearbeitet. Das bedeutet, der Wert einer Ware entsteht durch die inwohnende Arbeit. Zur Herstellung einer Ware brauchen die KapitalistInnen Produktionsmittel (Fabriken, Maschinen, Rohstoffe...) und Arbeitskraft. Die Ware Arbeitskraft kaufen sie, indem sie die ArbeiterInnen für eine bestimmte Zeit für sich arbeiten lassen. Der bezahlte Lohn wird für Essen, Erholung, Fortpflanzung... benötigt – alles, was nötig ist, um weiterhin arbeitsfähig zu sein. Marx nennt das „Reproduktion“. Bezahlt aber wird die Arbeitszeit und nicht die erbrachte Leistung. Die ArbeiterInnen leisten nämlich in der gekauften Arbeitszeit mehr, als ihr Lohn (also ihre Reproduktionskosten) ausmacht. Nur einen Teil der Arbeitszeit arbeiten die ArbeiterInnen also für ihren Lohn, die restliche Mehrarbeit erzeugt den Mehrwert, den sich die KapitalistInnen einstecken. Das Verhältnis von Mehrarbeit zu notwendiger Arbeit (also jene Zeit, die dem Lohn und damit den Reproduktionskosten entspricht) ist die Ausbeutungsrate. Je schneller und effizienter Waren im Wert vom Lohn produziert werden können, desto mehr Mehrwert kann sich der Kapitalist einstecken und desto reicher wird er von unserer Arbeit.

Im Kapitalismus ist also nicht nur die Hausarbeit, sondern auch ein Teil der im Job verrichteten Arbeit immer unbezahlte Arbeit. *„Aller Mehrwert – wie er sich auch verteile, als Gewinn des Kapitalisten, Grundrente, Steuer etc. – ist unbezahlte Arbeit.“* (Friedrich Engels 1867 in der Rheinischen Zeitung). Das bedeutet auch, dass ein höherer Lebensstandard oder Lohn nicht bedeutet, dass mensch weniger ausgebeutet wird. Es kann durchaus sein, dass einE VielverdienerIn mehr ausgebeutet wird, wenn er/sie ein Vielfaches an Mehrwert einbringt. Seit Anfang des Kapitalismus ist der Lebensstandard der Menschen tendenziell gestiegen, aber auch immer wieder die Ausbeutungsrate. Das, was zu uns an Wohlstand abbröckelt – und das Meiste davon müssen wir hart erkämpfen – haben die Kapitalisten als x-faches z.B. in Panama gebunkert. Ihre Milliarden entstammen unserer unbezahlten Arbeit! Im Kapitalismus wird es trotz Reformen so bleiben bzw. in Krisen wie jetzt sogar noch verschärft. Solange den Reichen die Bäckerei gehört, werden sie entscheiden, wie groß die Brösel sind, die wir bekommen. Kämpfen wir für größere Brösel, den ganzen Kuchen und letztendlich die Bäckerei.

Nikita Tarasov



Verteidigen, zurückholen, Kapitalismus stürzen!

Live Ball, Benefiz-Modenschauen, Wohltätigkeits-Tennis... Gerne zeigen sich die Reichen beim Spenden. „Gutes Tun und drüber reden“ zeigt als Motto auch das doppelte Motiv für solche Aktionen: Gewissensberuhigung und Image-Werbung. In Wirklichkeit ist das Spendenaufkommen der Superreichen im Vergleich zu Durchschnitts-

die absurderweise legalen Briefkastenfirmen sind Beispiele dafür, wie Reiche versuchen, dem Zahlen von Steuern grundsätzlich auszuweichen. Ihr Vermögen, das sie mit unserer Arbeit aufgebaut haben, werden sie nicht freiwillig teilen.

Und es endet nicht bei der Steuerfrage, also bei der Finanzierung von Spitälern, öffentlichem

wonnen: Er gehört auf die Straßen und in die Betriebe. Mit einer Million Mitgliedern ist es die Aufgabe des ÖGB und der Fachgewerkschaften, diese Kämpfe zu führen. Dabei können wir uns nicht auf die jetzige Führung der Gewerkschaften verlassen, die sich seit Jahrzehnten eher damit beschäftigt, wie sie Kämpfe verhindern kann. Die Ge-

chen Partei ist ein weiterer, längst überfälliger Schritt, um effektiv Widerstand zu organisieren. Und Widerstand bedeutet, dass das Geld, das sich die Reichen einstreichen, endlich benützt werden muss, um ein menschenwürdiges Leben für alle zu gewährleisten! Eine ArbeiterInnenpartei braucht im Jahre 2016 darum auch mehr, als nur Forderungen gegen die laufenden Angriffe. Das Beispiel Syriza zeigt, dass eine Partei schnell den angeblichen „Sachzwängen“ der kapitalistischen Gesellschaft nachgeben muss, wenn sie nicht über den Tellerrand des Kapitalismus hinausdenkt und nicht auf Unterstützung aus der Bevölkerung, sondern auf andere Regierungen setzt.

Alle Fortschritte, die die ArbeiterInnenbewegung erkämpft hat und noch erkämpfen wird, sind ständig davon bedroht, wieder zurückgenommen zu werden. Der Kapitalismus baut auf der Existenz von Armut und Reichtum auf. Im Kapitalismus ist daher kein sozialer Fortschritt wirklich stabil. Um unsere Siege zu sichern, braucht es also letztlich eine neue Wirtschaftsordnung. Ei-

ne Ordnung, die sich an den Bedürfnissen der Gesellschaft orientiert, weil sie eben auch gesellschaftlich, demokratisch bestimmt und geplant wird. In Betrieb, Nachbarschaft, Schulen usw. werden die Entscheidungen von jenen getroffen, die sie auch ausbaden müssen. Vernetzt mit Räte-Parlamenten überall kann so ein Plan entwickelt werden, wie wir die Wirtschaft organisieren wollen. Der Kapitalismus ist international – daher muss es auch der Kampf dagegen sein: Unsere KollegInnen in anderen Ländern sind unsere BündnispartnerInnen für den Sturz des Kapitalismus. Eine sozialistische Gesellschaft ist endlich in der Lage, die gigantischen Reichtümer sinnvoll einzusetzen um Armut abzuschaffen, effektiven Klimaschutz zu organisieren, ein ordentliches Gesundheitssystem aufzubauen und vieles, vieles mehr.

Die Alternative dazu wäre ein „weiter wie bisher“, ein Weg, der schnell in den Abgrund führt. „Sozialismus oder Barbarei?“ fragte schon Rosa Luxemburg ihre Zeit. Wer den Sozialismus wählt, muss aber dafür kämpfen.

Tilman M. Ruster

Organisation in Gewerkschaft und ArbeiterInnenpartei ist der Schlüssel, um die Reichen zahlen zu lassen.

verdienerInnen, gemessen am Einkommen, nur halb so groß.

Umverteilung von oben nach unten wird nur gegen den Willen der Reichen möglich sein. Auch wenn Einzelne wie Westbahneigentümer & NEOS-Sponsor Haselsteiner sich für eine Vermögenssteuer aussprechen, ist das eher als „Die Massen beruhigen, um Schlimmeres zu verhindern“ zu verstehen. Die Reichensteuer nach Haselsteiner wäre jedenfalls gnädiger mit dem absurden Reichtum Weniger als eine Reichensteuer, die von unten erkämpft wird. Das österreichische Stiftungswesen oder

Dienst, Bildung etc.: Zur Umverteilung gehören Lohn-, Pensions- und Mindestsicherungserhöhungen, Verteilung von leerstehendem Wohnraum, Arbeitszeitverkürzung und vieles, vieles mehr. Alles das ist in dieser Überproduktionsgesellschaft längst machbar, Armut lässt sich abschaffen. Wie bei jedem Fortschritt in der Geschichte (Frauenrechte, Krankenversicherungen, Verbot von Kinderarbeit...) reicht aber nicht der Wille oder das bessere Argument: Fortschritt muss erkämpft werden!

Dieser Kampf wird nicht zuerst in Parlamenten ausgetragen und ge-

werkschaften müssen zurückerobert werden! Gerade auch um Kämpfe zu verhindern, hat die sozialdemokratische Führung Orts- und Betriebsgruppen der Gewerkschaften absterben lassen. Der Aufbau solcher Basisstrukturen ist wichtig, um die Kampfkraft der Beschäftigten zu erhöhen und ein Schritt im Kampf gegen die abgehobene Gewerkschaftsführung.

Nicht nur in der Gewerkschaft, überall könnte eine ArbeiterInnenpartei AktivistInnen vernetzen und so Bewegungen auf der Straße voranbringen. Der Aufbau einer sol-

Drogen: Nix gelöst mit Kriminalisierung

Seit Beginn des Jahres wird in Wien eine Diskussion übers Drogendealen geführt. Jetzt gibt es eine Novelle des Suchtmittelgesetzes, die für Flüchtlinge, MigrantInnen und Jugendliche nichts Gutes bedeutet. Soziale Probleme werden zur Kriminalisierung ganzer Bevölkerungsgruppen missbraucht.

Fast täglich liest man über „schwarzafrikanische“ Dealer entlang der U-Bahnlinie U6. Zusätzlich gibt es in manchen Stationen auch viele suchtkranke, vor allem alkoholabhängige Menschen. Viele fühlen sich daher in den Stationen unwohl oder haben sogar Angst.

Der „freie Markt“ führt dazu, dass der Verkauf in den Stationen stattfindet, weil er illegal ist. Durch Entkriminalisierung und staatlich kontrollierte Abgabe kann dem Handel im öffentlichen Raum das Wasser abgegraben werden.

Die Antwort des Staates aber ist eine Verschärfung des Suchtmittelgesetzes. Sie bedroht jedeN, von dem/der die Polizei annimmt, dass er/sie Drogen verkauft, mit zwei Jahren Gefängnis. Damit werden die Tore zu polizeilicher Willkür geöffnet. Es droht eine Wiederholung der „Operation Spring“ als 1999 unter fadenscheinigen Begründungen fast 200

Menschen mit afrikanischem Hintergrund verhaftet wurden. Gelöst wird dadurch aber nichts.

Denn vieles wird in der Debatte ignoriert. Warum sehen sich Menschen ohne österreichischen Pass gezwungen, zu dealen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen? Weil sie keine Arbeitserlaubnis haben. Wenn Wiener SozialarbeiterInnen derzeit ein „Überangebot“ an Drogenhändlern feststellen, dann liegt das auch daran, dass die Regierung insbesondere Flüchtlinge in die Illegalität treibt. Hier ist ein Kampf für das Recht und die Chance auf Arbeit für alle nötig.

Drogenhandel und Drogenmissbrauch sind Symptome für eine Gesellschaft, mit der es bergab geht. Und es geht bergab. Arbeitslosigkeit nimmt zu, Löhne sinken, die Wirtschaft schwächtelt. Der Kapitalismus macht die Menschen kaputt und lässt sie in den Missbrauch legaler und illegaler Drogen flüchten.

Die Ursache für Arbeitslosigkeit und Stress liegt im gnadenlosen Profitstreben, auf dem alles beruht. Nur eine nicht dem Profit unterworfenen Gesellschaftsform kann das ändern. Für SozialistInnen ist daher der Kampf gegen dieses System nötig und alternativlos.

Christian Bunke



Kein böses Wort mehr

Lange war „Sozialismus“ in den USA ein Tabu-Wort. Als Sozialismus positiv bewertet, und nur 32% Kapitalismus

Das böse Wort ist in den USA nicht mehr Sozialismus, sondern zunehmend Kapitalismus.

SozialistIn ist man missbilligt und sogar verfolgt worden. Nun lebt der angeblich tote Begriff gerade unter Jugendlichen auf - besonders durch die Kampagne des demokratischen Kandidaten Sanders, der sich als "demokratischer Sozialist" bezeichnet. So haben 43% der Befragten unter 30 bei einer YouGov-Umfrage im Jänner 2016 So-

zialismus positiv bewertet, und nur 32% Kapitalismus. Dies spiegelt die gesellschaftliche Entwicklung wider. Die Jugend hat nicht den "Sozialismus" stalinistischer Regimes erlebt, jedoch sehr wohl ihre Erfahrung mit dem Kapitalismus gemacht. Ein System, das zum Inbegriff von Perspektivlosigkeit geworden ist: Mindestlohnjobs, wuchernde Studiengebühren (CollegeabsolventInnen

sind mit durchschnittlich \$35.000 verschuldet), Arbeitslosigkeit (über 10% der Jugendlichen). Die falschen Versprechen des Kapitalismus sind als Folge der Krise enttarnt worden. Aus dem amerikanischen Traum wurde der amerikanische Alptraum. Der Wunsch nach einer Systemalternative ist gewaltig und Sozialismus ist populärer als je zuvor - auch wenn vielen unklar ist, was das tatsächlich ist. Es ist deswegen die Aufgabe von MarxistInnen, diese Stimmung mit dem Kampf für eine revolutionäre Veränderung und eine demokratisch geplante Wirtschaft zu verbinden.

Marcus Volodarsky

Sonne & Sozialismus: Internationales Sommercamp in Kärnten



Unser Sommercamp vom 21.-28.8. im Kinderland Feriendorf Turnersee/Zablaško Jezero in Kärnten/Koroška versucht auch dieses Jahr wieder den Ausgleich zwischen Spannung und Entspannung: Es geht uns um die perfekte Mischung aus Sommerurlaub und politischer Schulung. Mit SozialistInnen aus mindestens sechs Ländern bereiten wir ein Programm mit Themen aus der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, marxisti-

scher Theorie und v.a. Berichten von internationalen Klassenkämpfen vor. Praxis-Workshops z.B. zum Reden-Halten oder Kampagnen-planen runden das Programm ab. Aber es ist auch Urlaub: Angefangen beim See, gutem Essen, netten Leuten, Lagerfeuer, Platz und Zeit für Sport, Wandern...ist alles da was es braucht, um Kraft für die anstehende politische Arbeit zu schöpfen.

Anmeldung ab jetzt unter till@slp.at

Heldin des Monats Darletta Scruggs, US-Sozialistin



Der stramm-rechte US-Fernsehsender FoxNews interviewte Darletta Scruggs, Aktivistin von Socialist Alternative (CWI in den USA). Sie ließ sich nicht einschüchtern und erklärte vor Millionen ZuseherInnen, warum es nötig ist, gegen die Macht der Banken und Konzerne und für sozialistische Demokratie zu kämpfen.



Israel/Palästina: Get organised!

Seit 2008 steigt die gewerkschaftliche Organisation in Israel/Palästina stark. 40.000 Beschäftigte traten 2014 und 2015 dem Gewerkschaftsdachverband Histadrut bei. Es waren jüdische und palästinensische ArbeiterInnen: BusfahrerInnen, Lehrende, Beschäftigte bei McDonalds, Visa und Mastercard, bei Fabriken und Telekom-Unternehmen. Das Ziel dieser Neuorganisation sind

gewerkschaftliche Unterdrückung 52%. Die ArbeiterInnenklasse hatte nichts vom Wirtschaftswachstum, auch weil der Organisationsgrad 1980-2012 von 85% auf 25% gefallen war. Gewerkschaftsmitglieder gingen in Pension und wurden durch unorganisierte LeiharbeiterInnen ersetzt. Nur ein Drittel der Beschäftigten ist durch Kollektivverträge geschützt.

Eine der ersten Aktivitäten von P2W war im Wissenschaftsmuseum. Die Beschäftigten protestierten gemeinsam mit P2W gegen die Weigerung des Managements, mit ihnen zu verhandeln. Das Management schickte eine Gruppe von Securitys, um die streikenden ArbeiterInnen zu verprügeln. Sie brachen einem P2W Aktivistin die Knie Scheibe. Das Management war letzt-

Die neue demokratische - wenn auch kleinere - Gewerkschaft plus der Druck aus den eigenen Reihen zwang den Histadrut, Antworten auf die Fragen der neuen Schicht von ArbeiterInnen zu geben. Histadrut mobilisierte Betriebsräte, hielt Soli-Kundgebungen ab und war auf den Demonstrationen von Pelephone stark vertreten. Ein Ergebnis des Drucks, denn für gewöhnlich werden Kämpfe gegen Privatisierung oder andere Attacken durch die Regierung nicht derart unterstützt.

Die Organisierungswelle schuf eine neue Schicht von palästinensischen ArbeiterInnenführerInnen. In manchen Fällen führten Sie gemeinsame Komitees von jüdischen und palästinensischen ArbeiterInnen an. Wie die Putzkräfte der Tel Aviv Universität, angeführt von Ali Tulat, der auch Teil der gewählten P2W Führung ist. Ihr Komitee wurde 2014 gegründet und kämpft nun für bezahlte Mittagspausen und letztlich für eine Direktanstellung durch die Universität.

Bei Light Rail in Jerusalem organisierten sich sowohl jüdische wie auch palästinensische Beschäftigte. Die FahrerInnen protestierten gegen niedrige Löhne und lange Arbeitszeiten. Der An-

führer dieses Komitees ist Nidal Atrash, ein palästinensischer Bahnführer aus dem besetzten Ost-Jerusalem. Das Komitee hatte das Management unter Druck gesetzt, um den FahrerInnen zu ermöglichen, zur Arbeit zu fahren. Ihre Dörfer waren durch die israelische Repression vom Rest Jerusalems abgeschnitten. „Als wir im Kampf standen, sagte niemand ‚Das ist ein Araber‘ oder ‚Der hier ist jüdisch‘, weil wir alle auf derselben Seite standen. Jeder hat sich beteiligt. Das Management will AraberInnen und JüdInnen gegeneinander ausspielen, weil es in ihrem Interesse liegt.“

Diese Beispiele für gemeinsame Kämpfe von jüdischen und palästinensischen ArbeiterInnen fordern die Teile und Herrsche Politik des israelischen Kapitalismus heraus. Socialist Struggle unterstützt die sich neu bildenden Komitees sowie die Idee des gemeinsamen Klassenkampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Wir kämpfen gegen ein Ende der Besatzungspolitik und nationaler Unterdrückung und für Gleichheit, soziale Rechte, Frieden und Sozialismus für alle ArbeiterInnen.

Neta Most,

Socialist Struggle Movement
CWI in Israel/Palästina
www.maavak.org.il

Jüdische und palästinensische Beschäftigte kämpfen für gewerkschaftliche Organisation – Gemeinsam!

Kollektivverträge, für die mindestens ein Drittel der Beschäftigten eines Betriebes derselben Gewerkschaft angehören muss.

2000-14 wuchs die israelische Wirtschaft um durchschnittlich 3,3% pro Jahr. Der Anteil der Unternehmen am BIP wuchs von 14% auf 17%, während der Anteil der Beschäftigten von 61% auf 57% fiel. Das Durchschnittseinkommen stieg zehn Jahre lang nicht, die Preise schon. 18,8% aller israelischen Familien leben unter der Armutsgrenze. Bei palästinensischen Familien in Israel beträgt die Armutsrate aufgrund der Kombination von neoliberaler Poli-

Die Bosse tun alles, um eine Organisation zu verhindern. Viele, die zum Gewerkschaftsbeitrag aufrufen, werden mit Jobverlust, Strafen und physischen Attacken bedroht. Die neue Schicht sich organisierender Beschäftigter fand oft keine Gewerkschaft, die sie organisieren wollte. Die Führung der Histadrut und ihrer Gewerkschaften versagte kläglich, eine Kampfstrategie zu entwickeln. Die Erfahrungen aus diesen Kämpfen führten zu einer neuen Gewerkschaft: „Alle Macht den ArbeiterInnen“ („P2W“). Mitglieder von Socialist Struggle (CWI in Israel/Palästina) spielen in P2W eine führende Rolle.

lich gezwungen, mit den Streikenden zu verhandeln. Es folgte ein Präzedenzfall: das Management muss nun mit jener Gewerkschaft verhandeln, die die Beschäftigten auswählen, sofern sie genug Unterschriften haben.

Die Beschäftigten der Telekommunikationsfirma Pelephone organisierten sich 2012 im Histadrut. Das Management verweigerte Verhandlungen mit den Streikenden. Sie übten Druck auf ArbeiterInnen aus und beschlagnahmten die Autos der StreikführerInnen. Auch hier musste das Management dann mit dem Komitee verhandeln.

Kuba und der US-Imperialismus

Im März besuchte Obama Kuba als erster US-amerikanischer Präsident seit der Revolution von 1959. Ziel dieser Annäherung war die Lockerung des Handelsembargos. Dieses war eingeführt worden, um Kuba als linkes Vorbild der Region in die Knie zu zwingen. Das Handelsembargo hat der kubanischen Wirtschaft über die Jahrzehnte einen Schaden von 1.1 Billionen Dollar zugefügt. Bis zu ihrem Zerfall war die Sowjetunion ein elementarer Wirtschaftspartner, danach waren es Venezuela und China. Weil nun auch deren Wirtschaft schwächelt, knüpft Kuba Kontakte mit den USA und öffnet sich immer mehr für ausländisches Kapital. Geschäftsleute aus den USA wittern einen neuen Absatzmarkt und Investitionsflächen.

Was bedeuten ausländische Investitionen? Nach der Revolution wurde im Zuge der Agrarreform Großgrundbesitz verstaatlicht. Auf dem Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas (PCC) wurde 2011 die Abkehr von der Planwirtschaft verkündet. Aktuell sind 50-70% der Landfläche in Privatbesitz und rund 500.000 KubanerInnen arbeiten im privaten Sektor.

Eine der wichtigsten Einkommensquellen des Staates ist der Tourismus. Pri-

vates Kapital findet sich v.a. in Form von ausländischen Hotelketten und Restaurants auf der Insel. Die Einnahmen des privaten Sektors fließen größtenteils ins Ausland. Privatisierungen bringen also keine Erhöhung des Lebensstandards der KubanerInnen.

Beim Parteitag im April wurde die weitere Öffnung für ausländisches Kapital fixiert, den letzten Resten der Planwirtschaft geht es an den Kragen. Die kapitalistische Wirtschaftsweise will auch die letzten Ecken der Welt durchdringen. Der privilegierte Bürokratieapparat der PCC hat die Privatisierung forciert, anstatt internationale Bewegungen und Kämpfe der Unterdrückten und Ausgebeuteten zu unterstützen, aus welchen neue BündnispartnerInnen hätten werden können. Damit haben sie die Errungenschaften der Revolution gefährdet.

Kuba ist noch bei weitem fortschrittlicher als alle anderen, kapitalistisch geführten Länder Südamerikas. Die kubanischen ArbeiterInnen dürfen nicht darauf hoffen, dass Raúl und Fidel Castro für ihre Rechte kämpfen werden, sondern müssen diese auch gegen die Maßnahmen der Parteiführung verteidigen.

Shona Thompson



Frankreich ist auf der Straße

SchülerInnen, Studierende und ArbeiterInnen demonstrieren seit März in Frankreich gegen das neue Arbeitsgesetz „El Khomri“. Der verhasste Präsi-

Generalangriff auf die Jugend und die arbeitende, sowie arbeitslose Bevölkerung. Der Arbeitsmarkt soll weiter flexibilisiert, prekäre Arbeitsverhält-

onen Menschen auf der Straße. Seit Wochen gibt es Gewerkschafts-Mobilisierungen. Seit Ende März sind im ganzen Land zentrale Plätze besetzt. Die Polizei antwortet mit massiver Gewalt. Es ist die größte Bewegung seit den Studierenden-Protesten 2006 und geht wohl noch darüber hinaus. Unsere Schwesterorganisation, "Gauche revolutionnaire", ist in Schulen, Universitäten, Betrieben und auf den Straßen aktiv. Vielen geht es längst darum, dass es die Bewegung nicht nur mit „El Khomri“, sondern mit dem Kapitalismus selbst aufnimmt. So schnell kann sich eine Bewegung radikalisieren – nicht nur in Frankreich!

Florian und Stefan

Der neueste Angriff der Regierung hat das Fass zum Überlaufen gebracht.

dent Hollande und Premierminister Valls wollen mit der Reform die hohe Arbeitslosigkeit angeblich senken. Diese ist innerhalb eines Jahres um 2,5% auf rekordverdächtige 3,6 Millionen Menschen angestiegen. Doch mit welchen Mitteln? In Wirklichkeit sollen die Profite der Superreichen gesichert werden. „El Khomri“ ist ein

nisse ausgeweitet und die 35h-Woche abgeschafft werden. Zwar wird versucht, das neue Gesetz als Zukunfts-fit zu verkaufen – doch solchen Reformen kann man keinen wohlwollenden Schein verpassen! Das wissen auch 71% der Bevölkerung – sie lehnen das neue Gesetz ab. Bei landesweiten Protesten waren mehr als 1,5 Milli-

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Hongkong: Gegen Steuerflucht

Am 12. April protestierten zwei Dutzend AktivistInnen vor dem Büro von Mossack Fonseca in Hongkong, der Firma im Zentrum des Panama Papers Skandals. Organisiert wurde die Aktion von Socialist Action (CWI in Hongkong). Das geheim im 14. Stock versteckte Büro von Mossack Fonseca wurde von Demosprüchen wie "Tax the rich!" erschüttert. Zentrale Forderungen waren die Trockenlegung von Steuerparadiesen (Hong

Kong selbst ist auch eines) und eine starke Besteuerung der Reichen. Gefordert wurde auch, dass die Banken in öffentliches Eigentum und Kontrolle überführt werden müssen. Denn Banken sind stark in Steuerfluchthilfe involviert – 500 von ihnen werden in den Panama Papers genannt. Der Protest wurde von der Liga der SozialdemokratInnen und ihrem Vorsitzenden Leung Kwok-Hung unterstützt.

www.socialism.hk

Belgien: Nein zu Terror & zu Hass

Nach den Anschlägen vom 22. März nutzen die Herrschenden und Rechtsextreme die Angst für Rassismus, Sozialabbau und Repression. LSP/PSL (CWI in Belgien) nahm an Gedenkveranstaltungen teil, organisierte Kundgebungen – und wandte sich gegen Rassismus UND Repression. Sie fordert, dass die Gewerkschaft Antworten auf die sozialen Fragen geben muss. LSP/PSL verteidigte am 27. März eine Versammlung der Opfer

der Anschläge gegen 400 Rechtsextreme. Am 2. April wurde ein Versammlungsversuch der "Identitären" mit einer antirassistischen Gegenmobilisierung beantwortet. Die Polizei verhaftete willkürlich, u.a. elf Mitglieder von LSP/PSL. "Nein zum Terror, nein zum Hass" ist das Motto der LSP/PSL, um eine Bewegung aufzubauen, die einen Ausweg aus der Gewaltspirale des Kapitalismus weist.

www.socialisme.be

Berlin

Von 25.– 27.März fanden in Berlin die „Sozialismustage“ der Sozialistischen Alternative (CWI in Deutschland) statt. 420 Menschen nahmen teil, zehn traten im Rahmen des Wochenendes der SAV bei, was alle Erwartungen übertraf. Es gab drei große Veranstaltungen mit RednerInnen aus den USA, Britannien, Griechenland u.a., sowie 30 Kommissionen und Aktivitäten wie diverse Workshops.

www.sozialismus.info

Mehr Gerechtigkeit durch ein Bedingungsloses Grundeinkommen?



Die Zeiten sind hart: hohe (Langzeit)Arbeitslosigkeit, steigender Arbeitsdruck, prekäre Beschäftigung und unfreiwillige Teilzeitarbeit sind der Normalzustand. Die Forderung nach einem „Bedingungslosen Grundeinkommen“ (BGE) wird als radikaler Ausweg betrachtet. Ein sicheres Einkommen für alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, Geschlecht, Alter oder auch von der Ausbil-

steuer. UnternehmerInnen hätten noch einen zusätzlichen Grund, die Löhne zu kürzen, weil das BGE ja die Existenzsicherung abdeckt. Jene Teile des Kapitals, die einem BGE nicht abgeneigt sind, wollen, dass die Gesellschaft (also v.a. die ArbeiterInnenklasse) durch z.B. höhere Mehrwertsteuern dafür zahlt, dass die Unternehmen billigere Arbeitskräfte bekommen. Und v.a. soll sich weder an

Jobs gedrängt und müssten noch stärker Kindererziehung und Pflege übernehmen. Das BGE wird so rasch zum Muttergeld bzw. Hausfrauengehalt. Frauen würden viel mehr profitieren, wenn es genügend kompetente Einrichtungen gibt, die kostenlos und mithilfe von modernsten Methoden und der entsprechenden Ausbildung Pflegearbeit verrichten oder Kinder betreuen.

als nur das Überleben zu sichern und das nicht durch den Abbau des Sozialstaates und Lohnsenkungen finanziert ist – das wollen weder Regierung noch Unternehmen. Denn ein solches BGE müsste aus den Vermögen der Superreichen finanziert werden. Und es könnte nur gleichzeitig mit einem Sturz des Kapitalismus erreicht werden. Um über den Reichtum der Gesellschaft entscheiden zu kön-

tätigen und Erwerbslosen und nimmt der ArbeiterInnenklasse die Möglichkeit, das einzige wirkliche Druckmittel einzusetzen, das sie hat: den Entzug ihrer Arbeitskraft, also den Streik. Es wäre kein BGE, das allen Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, sondern ein Minimaleinkommen, das die ArbeiterInnenklasse spaltet, von Willkür abhängig macht und schwächt.

Wem eine Reform was bringt – das hängt vom Kräfteverhältnis zwischen Arm und Reich ab.

dung, von Fähigkeiten und der Art eines Arbeitsverhältnisses: das ist ein erstrebenswertes Ziel für das auch wir SozialistInnen kämpfen. „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ schrieb Marx 1875.

Wie können wir uns ein bedingungsloses Grundeinkommen vorstellen? Wie wird es finanziert? Da gehen die Meinungen weit auseinander.

Unternehmer wie Haselsteiner wollen ein BGE, um die Lohnnebenkosten zu senken. Sozialbeiträge, die momentan Unternehmen zahlen und Steuern auf die Lohnsumme sollen vom Staat übernommen werden. DM-Chef Werner, auch ein BGE-Befürworter, will im Gegenzug die Abschaffung von Einkommens-, Kapitalertrags- und Vermögen-

ihrem Privatbesitz an den Unternehmen etwas ändern, noch daran, dass der Rest der Bevölkerung seine Arbeitskraft verkaufen muss, um ein menschenwürdiges Leben zu haben.

Mit der Argumentation, dass ohnehin die gesamte Bevölkerung ein sicheres Einkommen hat, kann die Regierung ein BGE auch nutzen, um den Sozialstaat weiter abzubauen und Leistungen wie Pensionen, Arbeitslosengeld etc. zu streichen. Private Unternehmen stellen dann teure Spitäler und Schulen zur Verfügung, die mehr kosten als das BGE.

Würden Arbeiten, die momentan nicht entlohnt werden, durch ein BGE ein höheres Ansehen in der Gesellschaft erlangen? Gerade in Krisenzeiten würden dann Frauen aus den

Der Unterschied zwischen der aktuellen Mindestsicherung und dem Arbeitslosengeld zeigt eine weitere Gefahr auf: Das Arbeitslosengeld ist eine Versicherungsleistung, auf die Menschen nach Einzahlung auch einen Rechtsanspruch haben. Die Mindestsicherung aber kann sehr willkürlich gewährt oder sogar ganzen Bevölkerungsgruppen selektiv vorenthalten werden. Für wen es „Bedingungslos“ ist, ist eine politische Entscheidung – nur für StaatsbürgerInnen oder für Frauen die mindestens ein Kind haben?

KapitalistInnen und Regierungen unterstützen die Forderung nach einem BGE nur, wenn diese selbst einen Vorteil daraus schöpfen können. Ein BGE, das hoch genug ist, um mehr

nen, müssen wir die Wirtschaft und die Gesellschaft selbst kontrollieren und leiten, und das nicht einer kleinen Elite von KapitalistInnen und ihren Handlangern überlassen. Ein solches BGE aber kann nicht nur mit Überzeugungsarbeit gewonnen werden. Es muss erkämpft werden, weil es aus der Logik des Kapitalismus und seinen Widersprüchlichkeiten ausbricht. Und für so einen Kampf braucht es die aktive Unterstützung von großen Teilen all jener Menschen, die nichts haben, als ihre Arbeitskraft, um zu überleben.

Die Einführung eines BGE aber wie es die KapitalistInnen heute wollen und zulassen würden, würde die Kampfkraft reduzieren. Es erschwert den gemeinsamen Kampf von Erwerbs-

Der Kampf um ordentlich bezahlte Arbeit für alle ist daher in Wirklichkeit der aktuell radikalste Schritt in Richtung eines BGE.

Wenn jetzt ein BGE eingeführt würde, wäre es nicht deshalb so niedrig, weil nicht genug Geld vorhanden wäre. Der gesamtgesellschaftliche Reichtum wäre groß genug für ein hohes BGE und gut-bezahlte Jobs und einen umfassenden, durchfinanzierten Sozialstaat. Wenn jetzt ein BGE eingeführt würde, wäre es so niedrig, weil die Herrschenden freiwillig kein höheres hergeben. Wer ein ordentliches BGE will, der muss sich an einem sozialistischen Kampf beteiligen, der die Besitzverhältnisse umreißt.

Theresa Reimer

Der aktuelle SLP-Lesetipp

Zum zehnjährigen Bestehen des Bildungswereins der KPÖ-Steiermark wurde jetzt ein Buch mit "Gespräche(n), Interventionen zur Krise, globaler Bewegung und linker Geschichte" herausgebracht. Zusammen-

Menschenrechtsaktivistin Rosa Parks auf, wie das Totschweigen von linken Organisationen zum bürgerlichen Geschichtsbild gehört. Rosa Parks löste mit ihrer Weigerung, den Sitzplatz im Bus aufzugeben, eine

wieder stellen muss, und viele AutorInnen wollen ein neues linkes Projekt in Österreich. Das Buch greift, gewollt oder ungewollt, in die Debatte um eine neue linke Partei in Österreich ein. Leider fehlen oft die genaueren Antworten: Wie soll denn "die Linke" die soziale Frage stellen? So wie die KPÖ-Steiermark? Lieber wie die SLP? Oder anders? Wie stellen sich die AutorInnen ein neues "Linksprojekt" in Österreich vor? Es ist Zeit, diese dringenden Fragen anzugehen, das Buch ist ein kleiner Anstoß dazu.

„Alle Verhältnisse umwerfen“ – Ein Buch als Beitrag zur Debatte um eine neue linke Partei.

gestellt wurden Beiträge von KünstlerInnen, WissenschaftlerInnen und linken AktivistInnen. Es hebt sich positiv von anderen Büchern über soziale Bewegungen ab, weil Bewegungen und linke Organisationen nicht als Widerspruch dargestellt werden. Leo Kühberger zeigt am Beispiel der afroamerikanischen

Bewegung aus. Sie war aber nicht einfach "nur" eine müde schwarze Arbeiterin, die nicht aufstehen wollte. Sie war hoch politisch und Aktivistin verschiedener linker Organisationen – was gerne verschwiegen wird. Natascha Strobl von der "Offensive gegen Rechts" meint, dass die Linke die soziale Frage

Herausgeber sind Ernest Kaltenegger, Leo Kühberger, Samuel Stuhlpfarrer, ISBN 978-85476-653-7 Mandelbaumverlag

Mein Schritt für eine bessere Welt

Schon immer hatte ich das Ziel, die Zustände unserer Gesellschaft zu ändern. Über Recherchen bin ich auf die SLP gestoßen, von der ich zuvor noch nichts gehört hatte. Ich habe Kontakt aufgenommen, mit dem Hintergedanken, dass stille Wasser bekanntlich tief sind. Dort angekommen, habe ich festgestellt, dass diese Wasser so gar nicht still sind, sondern mit Abstand die breitesten

Wellen der mir bekannten, sonst energielosen, Politik schlagen. Was diese Partei auszeichnet, sind nicht nur die Ziele, sondern vielmehr die Wege, die sie, bzw. nun wir gehen, um diese Ziele zu erreichen. Es gibt Ortsgruppen, wo viele brisante Themen diskutiert werden und wo Kritik immer erwünscht ist. Aber dies ist nur ein kleiner Teil, ein der eigentlich wichtigen Ar-

beit vorausgehender Teil. Bedeutend sind die Organisation bzw. Beteiligung an Demonstrationen und Streiks, wo der SLP eine fulminante Rolle zukommt! Um hier meinen Beitrag leisten zu können, bin ich kürzlich der SLP beigetreten und sehr dankbar und glücklich darüber, dass ich so herzlich aufgenommen wurde!

Florian Winkler, aus Wien

Die SLP wächst, und damit sie mehr wachsen kann, brauchen wir deine Spende!

Die SLP macht alles selbst: Unsere Kampagnen kommen nicht aus einem PR-Studio, wie bei den Parteien der Reichen, sondern werden von unseren AktivistInnen selber entwickelt. Ein wichtiger Teil dieser Arbeit passiert bei uns im Büro: Flyer, Broschüren, Transparente, das Vorwärts...viele gehen auf unser Büroteam zurück. Die SLP konnte in den letzten Jahren viele neue Mit-

glieder gewinnen, die jetzt auch im Büro mitarbeiten und uns damit enorm stärken. Immer öfter ist es jetzt eng im Büro, an sich ist das auch gut so. Was wir aber brauchen, sind neue Arbeitsplätze: Computer, Bildschirme, Schreibmaschine...das kostet. Hilf uns, weiterhin gute Arbeit zu machen.

IBAN: AT256000000008812733
BIC: OPSKATWW



Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 17⁰⁰ Uhr
im 'Habert Café'
Salzkammergut Einkaufspark

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr
in der 'Pizzeria Lessing'
Alberstraße 13

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Alte Welt', Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Shakespeare'
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

NIEDERÖST. & TIROL

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP Wien-West
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
Buchhandlung 'Libreria Utopia'
15.; Preysinggasse 26 - 28
(Nähe U3 Schweglerstraße)

SLP Brigittenau-Ost
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
in der 'Pizzeria Delfino'
20.; Engerthstraße 92
(Nähe U6 Handelskai)

SLP Brigittenau-West
jeweils Donnerstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro
20.; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

Zahlreiche Termine und Veranstaltungshinweise auf www.slp.at



Andere über uns



„Klartext“, die Bezirkszeitung der FPÖ Wien Brigittenau, widmet der SLP in ihrer aktuellen Ausgabe einen eigenen Kasten. Darin klagen sie über die regelmäßigen antirassistischen Aktivitäten, die die SLP im Bezirk gegen die FPÖ setzt – aber auch über unsere Demo zum Frauentag, die sie primär als Verkehrsstörung bezeichnen. Offenbar ist der FPÖ eine kurz gesperrte Fahrspur wichtiger als Frauenrechte!

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- Normal-Abo

€ 14,- Sozial-Abo für Menschen ohne eigenem Einkommen

ab € 7,-/Monat: Alles inklusive Abo (alle Publikationen der SLP)



VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT256000000008812733
BIC: OPSKATWW



Hofer & Hetze bekämpfen!

Der Aufstieg der Rechten ist kein Naturgesetz – sie werden vom Kapitalismus erst groß gemacht.

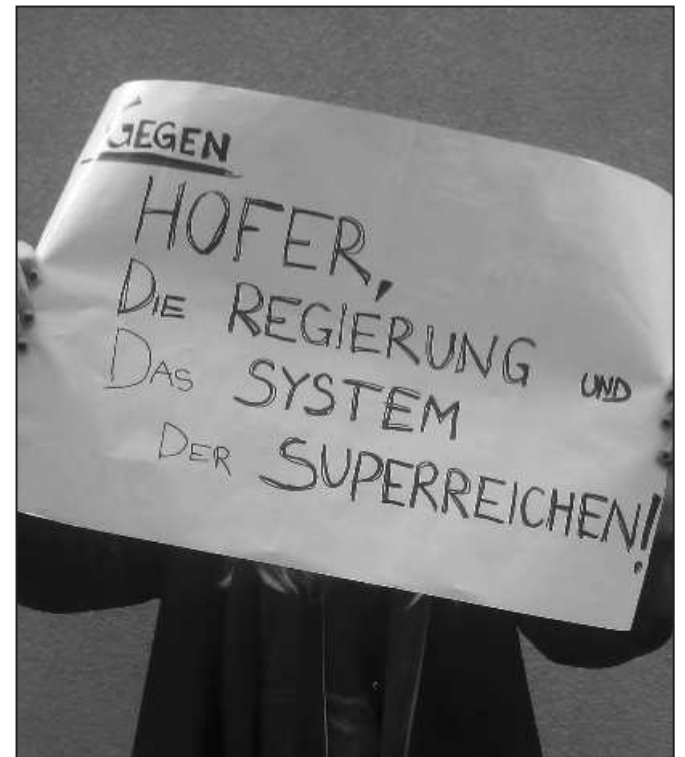
Die FPÖ sitzt in Landesregierungen, stellt Bürgermeister und sitzt bald vielleicht in der Hofburg. Im Windschatten ihrer Hetze werden Naziaufmärsche Normalität, kommt es zu Einschüchterungen inklusive Körperverletzung, gibt es Angriffe auf Flüchtlingsheime. Das macht Vielen Angst.

Doch der Aufstieg der Rechten ist kein Naturgesetz. Viele sind zu Recht auf der Suche nach radikalen Lösungen für die sozialen Probleme

des kapitalistischen Systems. Am 24.4. war das zentrale Wahlmotiv, gegen „die da oben“ zu stimmen – zu Recht. Der kapitalistische Wahnsinn von zu wenig Jobs, zu teuren Wohnungen und Zukunftsangst macht wütend. Die FPÖ verkauft sich, finanziert durch Großkonzerne und Superreiche, als Protestpartei. Das kann sie, weil in Österreich eine starke linke Kraft fehlt, die den Kampf gegen Armut, Arbeitslosigkeit, Woh-

nungsnot und Billiglöhne aufnimmt. Schockiert über den Erfolg der FPÖ? Dann protestiere mit uns bei Kundgebungen und Demonstrationen. Und organisiere dich bei der SLP. Hilf mit, eine Partei von aktiven ArbeiterInnen, Jugendlichen, SchülerInnen, Arbeitslosen und StudentInnen aufzubauen. Kämpfen wir gemeinsam gegen die rechten Hetzer und das System, das diese groß gemacht hat!

Florian Klabacher



Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umwelterstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umwelterstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.